

Noch nie gab es so wenige Verkehrstote

AZ, 09.01.21

Die Kantonspolizei blickt auf das Pandemiejahr 2020 zurück. Corona stellte die Polizistinnen und Polizisten vor neue Herausforderungen und veränderte die allgemeine Sicherheitslage – zum Guten, aber auch zum Schlechten.

Stefania Telesca

Statt im Polizeikommando begrüßte der neue Polizeidirektor Dieter Egli die Medienschaffenden virtuell, in einer Skypesitzung. Gemeinsam mit Polizeikommandant Michael Leupold und den Chefs der Abteilungen Mobile Polizei, Stationierte Polizei und Kriminalpolizei blickte er zurück auf das Pandemiejahr 2020. Dieses sei prägend gewesen für die Kantonspolizei, sagte Kommandant Leupold gleich zu Beginn der Medienkonferenz.

Die Pandemie hat die Arbeit der Polizei beeinflusst, sowohl in betrieblicher als auch in operativer Hinsicht. In erster Linie galt es zu verhindern, dass die Einsatzfähigkeit durch Ausfälle in Frage gestellt würde: «Wir mussten sicherstellen, dass sich möglichst wenig Personen bei uns mit dem Virus anstecken und auch, dass wir Quarantänefälle möglichst eng begrenzen können. Deshalb haben wir bereits Anfang März einschneidende Massnahmen umgesetzt», sagte Michael Leupold.

Dies sei gelungen, indem man unter anderem kleine Teams bildete, in Einnahmeräumen Schutzvorrichtungen installierte, oder auch ein internes Contact-Tracing aufbaute. Seit Anfang März hätten sich die Chefs der jeweiligen Abteilungen auch nie mehr gleichzeitig in einem Raum befunden.

Corona brachte neue Aufgaben für die Kantonspolizei

Die Polizistinnen und Polizisten standen wegen Covid-19 vor neuen Herausforderungen: «Wir mussten die Massnahmen und Vorschriften, die Bundesrat und Regierungsrat erlassen haben, durchsetzen und deren Einhaltung kontrollieren. Das war im Frühling vor allem im öffentlichen Raum der Fall», sagte Kommandant Leupold. Insgesamt wurden im Aargau 2020 mehr als 2500

Ordnungsbussen verteilt, weil Personen gerade im Frühling die Covid-Vorschriften missachtet hatten: «Dabei ging es fast ausschliesslich um das Nichteinhalten der Fünf-Personen-Regelung oder des Mindestabstands», sagte Heinz Meier, Abteilungschef der Stationierten Polizei. Bussen habe man nur verteilt, wenn Verwarnungen nichts gebracht hätten, erklärte Meier. Rund 80 Gewerbetreibende sowie 150 Privatpersonen seien zudem bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden, weil sie eine Busse nicht akzeptieren wollten.

Häusliche Gewalt nahm um 12 Prozent zu

Die Polizeistatistik mit den definitiven Zahlen für das vergangene Jahr folgt im März. Doch im Coronajahr waren einige Trends zu erkennen. Traurige aber auch positive: So nahmen die Interventionen wegen häuslicher Gewalt um 12 Prozent zu. Im Vergleich: In den Vorjahren stiegen diese jeweils um drei bis vier

«Das Verständnis für die Verbote nahm mit jedem Tag ab, an dem die Temperaturen stiegen.»

Michael Leupold
Kommandant Kantonspolizei Aargau

Prozent. Hier sieht die Kantonspolizei einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Pandemie und der Zunahme.

Historischer Tiefstand bei Opfern im Strassenverkehr

Spürbar war Corona auch auf den Aargauer Strassen: «Wir hatten deutlich weniger Unfälle, Verletzte und Verkehrstote», sagte Kommandant Leupold. Zum ersten Mal seit 1970 ist die Anzahl Personen, die auf Aargauer Strassen ums Leben kamen, im einstelligen Bereich. 2020 starben bei Unfällen acht Menschen, im Vorjahr waren es elf und im Jahr 2018 waren es 16. Im Jahr 1970 waren es noch 148 gewesen.

Die tiefe Zahl an Unfällen im 2020 sei eindeutig auf die niedrige Verkehrsfrequenz während des Lockdowns zurückzuführen. Einen deutlichen Rückgang stellte die Polizei bei den Unfällen mit Beteiligung von Senioren fest. Auch hier vermutet man, dass sich die älteren Verkehrsteilnehmer an die Bestimmungen im Rahmen der Pandemie hielten und weniger auf die Strasse gingen.

Poser und Raser nutzen die leeren Strassen aus

Gleichzeitig hatte die Coronapandemie aber einen negativen Einfluss auf sogenannte Raser- und Poserdelikte im Aargau: Diese haben laut Kantonspolizei markant zugenommen. Die freieren Strassen und die fehlenden Freizeitaktivitäten könnten eine Erklärung dafür sein, sagte Rudolf Scherer, Abteilungschef der Mobilien Polizei.

Auf der Notrufzentrale gingen besonders im Frühling viele Reklamationen aufgrund von Lärmemissionen durch aufheulende Motoren und laute Auspuffe ein. Die Polizei beschlagnahmte 2020 mehr als 70 Fahrzeuge zur technischen Prüfung und ermittelte 49 qualifizierte Raserdelikte.



Einzelne Betriebe wollen trotz Verbot öffnen – Gastro-Präsident warnt:

Coronamassnahmen Bereits 7000 Menschen tummeln sich im Kanal der Bewegung «wirmachenauf» auf der Nachrichten-App Telegram. Darin sind Kommentare zu lesen wie: «Wenn wir uns nicht gegen dieses Unrecht wehren, verlieren wir alles.» Oder: «Steht auf und macht eure Restaurants auf. Jetzt sind wir, das Volk, an der Reihe. Eidgenossen, wo seid ihr?» Scrollt man durch die Chatverläufe, fühlt man sich, als wäre man in einer Gruppe Widerstandskämpfer gelandet, kurz vor einer feindlichen Invasion.

Die Anhänger dieser Bewegung planen, ihre Betriebe, die aufgrund der Coronakrise geschlossen sind, nächsten Montag zu öffnen. Vertreten sind die verschiedensten Branchen, von

Restaurants, über Fitnesscenter bis hin zu Läden. Die Coronamassnahmen würden in keinem Verhältnis zum Virus und dessen tatsächlicher Gefährlichkeit stehen, heisst es auf der Website der Bewegung. Und in fetter, roter Schrift: «Wir machen nicht mehr mit.» Dabei nehmen die Betreiber der Website verschwörungstheoretische Ansätze auf. Sie bezweifeln etwa die Überlastung der Spitäler.

Nach Angaben von «wirmachenauf» hätten bereits über 1300 Menschen schweizweit angekündigt, nächsten Montag zu öffnen. Einige davon angeblich auch im Aargau, etwa in Aarau, Lenzburg oder Wettingen. Zudem kam es am Freitagmorgen in Hunzenschwil zu einem Polizeieinsatz. Unbekannte



Die symbolisch erhängte Puppe in Hunzenschwil. Bild: TeleMT

hatten eine Puppe an einem Kran erhängt. Diese soll offenbar stellvertretend für die Gastrobranche stehen, die unter den Coronamassnahmen leidet. Die Polizei ermittelt wegen Hausfriedensbruch. Ob es einen Zusammenhang zwischen der Aktion und der Bewegung «wirmachenauf» gibt, ist Gegenstand der Ermittlungen.

Es drohen Strafen von bis zu 10 000 Franken

Wer seinen Betrieb verbotenerweise öffnet, dem droht eine Strafe von bis zu 10 000 Franken. Dagegen solle man sich unbedingt vor Gericht wehren, ist auf Telegram zu lesen. Argumentiert wird mit verschiedensten Bestimmungen: Mal mit der Europäischen Men-

schenrechtskonvention, mal mit der Schweizerischen Bundesverfassung, mal ist es schlicht «das gottgegebene Recht». Weiter steht auf Telegram, wie man sich verhalten solle, wenn die Polizei vorbeikomme. Man solle die Beamten nur mit einem Durchsuchungsbefehl hinein lassen und sonst abweisen. Wer das tut, macht sich strafbar. Gemäss Covid-Verordnung muss den Kontrollorganen Zutritt zu den Räumlichkeiten gewährt werden.

Die Kantonspolizei Aargau hat Kenntnis von den geplanten Aktionen, wie Mediensprecherin Corina Winkler auf Anfrage sagt. Aktuell sei aber nicht geplant, deswegen die Kontrolltätigkeiten nächste Woche zu verstärken. Man werde die Situation beobachten und die



Blickt trotz der besonderen Umstände auf ein erfolgreiches Jahr zurück: Kommandant Michael Leupold.

Bild: Alex Spichale
(Aarau, 30.4.2020)

Während die Verkehrsdelikte zunahmen, stellte die Polizei einen deutlichen Rückgang bei den Einbrüchen fest. Dies sowohl im Wohn- als auch im Geschäftsbereich. «Das hängt zum einen damit zusammen, dass die Leute mehr zu Hause waren, und zum anderen, dass im Frühling die Grenze auch geschlossen war», sagte Kommandant Michael Leupold.

10-Millionen-Betrug bei der Vergabe von Covid-19-Krediten

Die Pandemie brachte auch neue Deliktsformen an den Tag, so den Betrug bei der Vergabe von Covid-19-Krediten: «Man hat für Unternehmen grosszügig Kredite gesprochen. Die Leute nutzten die Tatsache aus, dass die Auszahlung jeweils sehr rasch passierte», so Leupold. Bis Ende Jahr gingen 48 Strafanzeigen ein, der Deliktsbetrag dürfte sich auf über 10 Millionen Franken belaufen. Die Kantonspolizei geht von mehreren hundert solcher Fälle aus, die sie im neuen Jahr beschäftigen werden.

Auch online seien 2020 anhaltend viele Fälle von Cyberbetrug festgestellt worden. Die Betrüger spielten mit der Angst vor der Pandemie und verkauften unter anderem angebliche medizinische Produkte gegen Corona.

Denunzianten meldeten Verstösse auf der Notrufzentrale

Während des ersten Lockdowns im Frühling, als sich die Verbote vor allem auf den öffentlichen Raum bezogen und Schul- oder Sportanlagen gesperrt waren, meldeten sich viele Menschen bei der Polizei, um Verstösse zu melden. Dieser Trend sei inzwischen wieder zurückgegangen, sagte Leupold. Das Verständnis der Bevölkerung für die Massnahmen habe sich unterschiedlich entwickelt: «Immer, wenn die Zahlen steigen und die Massnahmen neu verfügt werden, ist die Befolgung relativ gut», so Leupold. Mit den steigenden Temperaturen habe das Verständnis abgenommen: «Das Verständnis der Leute für die damaligen Versammlungsverbote und Abstandsvorschriften nahm Stark ab mit jedem Tag, an dem die Fallzahlen zurückgingen und die Temperaturen stiegen.»

Der neue Polizeidirektor Dieter Egli sprach sich wie sein Vorgänger Urs Hofmann für eine personelle Verstärkung der Kantonspolizei aus: «Der Ausbau der letzten Jahre reicht nicht aus.»

Im schweizweiten Vergleich ist das Bussenbudget der Kantonspolizei Aargau mit 5 Millionen Franken sehr tief (die AZ berichtet). Auf die Frage, ob die Kantonspolizei plane, dieses Budget zu erhöhen, entgegnete Regierungsrat Egli, dass dies nicht der Weg sein könne: «Vorrangiges Ziel ist es nicht, Bussen einzutreiben, sondern die Sicherheit im Aargau zu gewährleisten.»

«Tut das nicht»

Kontrollen je nachdem anpassen. Trifft eine Patrouille der Polizei ein offenes Restaurant an, werde man mit Augenmass vorgehen, sagt Winkler. Sie betont aber: «Wir werden gesetzlich vorgeschriebene Schliessungen durchsetzen.» Und wer gegen die Vorschriften verstösst, wird angezeigt. Wichtig sei, so Winkler, dass alle Gewerbetreibenden gleich behandelt würden. «Klare Verstösse gegen die Covid-Vorschriften dürfen sich nicht lohnen und werden geahndet.»

«Tut das nicht.» Die Aufforderung von Gastro-Aargau-Präsident Bruno Lustenberger an die Wirte im Kanton ist knapp und klar. Jetzt die Restaurants zu öffnen, sei nicht nur illegal, sondern auch nicht zielführend. «Das könnte ge-

nau das Gegenteil bewirken. Nämlich, dass die Regierungen sagen: Jetzt verlängern wir die Schliessungen erst recht. Und am Ende sind die Wirtinnen die Buhmänner der Nation.»

Lösungen brauche es andere, so Lustenberger. «Die Coronazahlen müssen runter, daran gibt es nichts zu rütteln. Erst dann können wir wieder normal arbeiten.» Bis es so weit sei, brauche die Gastrobranche finanzielle Unterstützung. Da sei man, wenn auch nicht schweizweit, so zumindest im Aargau, auf einem guten Weg. Der Aargauer Grosse Rat hat diesen Dienstag beschlossen, den Zugang zu den Hilfgeldern zu vereinfachen.

Raphael Karpf